

5

10

15

22. ordentliche Juso-Landeskonferenz

20

14. – 15. Juni 2014
Wismar

25

30

- Beschlussbuch -

Nr.	Änderungsanträge	Antragssteller	Beschluss
Richtlinien der Jusos MV	Ä Richtlinie	Landesvorstand	Angenommen
A1	Ä1 Angenommen	Landesvorstand	Angenommen
A2	Ä1 Übernommen Ä2 Abgelehnt Ä3 Übernommen	Landesvorstand	Angenommen
B1		Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte	Angenommen
B2	Ä1 Übernommen	Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte	Angenommen
C1	Ä1 Übernommen Ä2 Übernommen	LAK Bildung und Kultur	Angenommen
C2	Ä1 Übernommen Ä2 Übernommen	LAK Bildung und Kultur	Angenommen
D1	Ä1 Übernommen	Kreisverband Schwerin	Angenommen
D2		Kreisverband Rostock (Stadt)	Angenommen
D3		Kreisverband Vorpommern-Rügen	Zurückgezogen
D4		Kreisverband Rostock (Stadt)	Überweisung an den LAK WiSo
D5	Ä1 Übernommen	Kreisverband Schwerin	Angenommen
D6		Kreisverband Rostock (Stadt)	Angenommen
D7		Kreisverband Rostock (Stadt)	Überweisung an den AK WiSo
E1		Kreisverband Rostock (Stadt)	Angenommen WiSo bitte nochmal drüber reden
E2		Kreisverband Rostock (Stadt)	Angenommen
E3		Kreisverband Rostock (Stadt)	Abgelehnt
F1		Landesvorstand	Angenommen
F2	Ä1 Übernommen	Landesvorstand	Angenommen
F3		LAK WiSo	Angenommen

F4		Kreisverband Vorpommern-Greifswald	Angenommen
F5	Gab einen ÄA zu spät von HRO	Kreisverband Vorpommern-Greifswald	Angenommen
F6	Ä1 Übernommen	Landesvorstand	
F7		Kreisverband Vorpommern-Greifswald	Angenommen
F8		Kreisverband Vorpommern-Greifswald	Angenommen
F9	Liste plus: Bibliotheken Kommunale Bildungsträger	Kreisverband Schwerin	Angenommen
F10	Ä1 Übernommen	Kreisverband Vorpommern-Greifswald	Angenommen
F11	Ä1 Übernommen Ä2 Übernommen: begrenzung auf MV raus	Kreisverband Vorpommern-Rügen	Angenommen
F12	Ä1 Übernommen	Landesvorstand	Angenommen
F13	Ä1 Übernommen	Landesvorstand	Angenommen
G1	Redaktionelle Änderung: „mindestens“ in „höchstens“	Kreisverband Vorpommern-Greifswald	Angenommen
G2		Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte	Angenommen
G3		Kreisverband Vorpommern-Greifswald	Angenommen
H1		Kreisverband Schwerin	Angenommen
H2		LAK Europa	Angenommen
H3		Kreisverband Rostock (Stadt)	Angenommen
H4	Ä1 Übernommen	LAK Europa	Angenommen

H4	„Europa Papier“		
Antragssteller: Kreisverband Vorpommern-Greifswald			
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> nicht behandelt	
<input type="checkbox"/> überwiesen an:	<input type="checkbox"/> Landesausschuss	<input type="checkbox"/> Landesvorstand	

1. Außen- und Innenpolitik

5 Die zukünftige Außen- und Innenpolitik der Europäischen Union steht vor einigen zu klären-
den Fragen. Für uns steht fest, dass die friedliche Außenpolitik weiterhin der Grundsatz seien
muss, nachdem die EU handelt. Nur so kann die Europäische Union in der Weltgemeinschaft
stark auftreten und europäische Interessen durchsetzen. Darüber hinaus muss Europa offen
gegenüber allen Menschen sein und nicht als Festung dastehen. Um dieses Ziel zu erreichen,
10 setzen wir uns für folgende Punkte ein.

Wir setzen uns für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein und fordern die Stär-
kung des hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik. Die Union sollte stets als ein-
heitlicher Ansprechpartner gesehen werden. Unser langfristiges Ziel ist es, nationalstaatliche
Strukturen zu überwinden und die gesamtstaatlichen Organisationsformen der EU auszuwei-
15 ten.

Zur Kriminalitätsbekämpfung innerhalb Europas sollte die europäische Polizei (EuroPol) su-
pranationale Kompetenzen bekommen. Darüber hinaus ist eine Stärkung und Ausweitung Eu-
roPols zur Erreichung einer besseren Kriminalitätsbekämpfung erforderlich. Dabei darf die
20 Onlinekriminalität nicht außer Acht gelassen werden. Dennoch darf eine höhere Onlineprä-
senz nicht im Konflikt zu den elementaren Freiheitsrechte der einzelnen Bürgerinnen und
Bürgern stehen. Ein Kernelement sollte dabei die Grenzsicherung sein. Dabei lehnen wir inne-
reuropäische Grenzkontrollen grundlegend ab und fordern die Achtung der geltenden Verträ-
ge und Normen. Folgerichtig erneuern wir unsere Forderung nach der Abschaffung der Agen-
25 tur FRONTEX.

Generell sehen wir die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand. Ge-
schehnisse wie vor Lampedusa dürfen sich nicht wiederholen bzw. hätten erst gar nicht pas-
sieren dürfen. Die Länder der Europäischen Union bzw. die Union als Ganzes ist eine starke
30 und reiche Union. Aus diesem Grund lehnen wir eine restriktive Flüchtlingspolitik ab und be-
fürworten eine offene Flüchtlingspolitik. Flüchtlinge, welche aus ihrer Heimat fliehen muss-
ten, haben bereits zu viel Leid gesehen und sollten daher nicht aufgrund fehlender Verantwor-
tungsbereitschaft der nicht an das Mittelmeer grenzenden Mitgliedsstaaten wieder zurückge-
schickt werden. Des Weiteren müssten auch Armut und sexuelle Identität oder Neigung als
35 Asylgrund anerkannt werden. Darüber hinaus bekennen wir uns zur Berufsfreiheit von Asyl-
bewerberinnen und -bewerber. Dublin II hat sich nicht bewährt. Die Südstaaten der EU wer-
den mit den Herausforderungen der Flüchtlingsströme weitgehend alleine gelassen. Wir wol-
len, dass die Flüchtlinge auf die gesamte EU aufgeteilt werden und dem Land ihrer Wahl Asyl
beantragen können. Bei der Unterbringung der Flüchtlinge muss eine Lebensqualität gewähr-
40 leistet werden, die den europäischen Normen entspricht.

Ferner sprechen wir uns für einen europäischen Fond aus, welcher anteilig auf der Basis des
BIP der Mitgliedsstaaten finanziert wird. Jener soll finanziell schwächere Mitgliedsstaaten bei
der Unterbringung und Unterstützung von Flüchtlingen helfen.

45

Nicht nur die Flüchtlings-, sondern auch die Migrationspolitik muss liberaler und offener werden. Daher lehnen wir eine restriktive Migrationspolitik ab, welche Menschen hindert, in Europa ein Studium, eine Ausbildung oder eine Arbeit aufzunehmen. Wir fordern, dass jeder Flüchtling ein Recht auf ein Studium, eine Ausbildung oder Arbeit hat.

5

Europa ist und soll ein friedlicher Kontinent sein. Aus diesem Grund wollen wir die Rüstungsproduktion reduzieren und langfristig abschaffen. Wir setzen daher eher auf Entwicklungszusammenarbeit und Projekten die dieser Zusammenarbeit dienen und wollen die Förderung ausweiten.

10

Eine Europäische Armee, die nicht die Summe der einzelnen nationalen Armeen sein kann, muss mit einer generellen Abrüstung einhergehen. Wir lehnen die Produktion, den Besitz und Verbleib von ABC-Waffen innerhalb der Union ab. Eine solche Armee dient nur dem Verteidigungsfall Europas und der Verteidigung der Menschenrechte nach europäischer Grundrechtscharta. Der militärische Einsatz der Armee unterliegt einem parlamentarischen Vorbehalt.

2. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Europas Wirtschaft und Arbeitsmarkt weist viele innere unterschiedliche Konditionen vor.

20 Um Europas Wirtschaft zu stärken bedarf es vieler Veränderungen, welche dazu führen, dass die Unterschiede ab- und Gemeinsamkeiten aufgebaut werden. Nur so kann Europa zusammenwachsen und das Ziel einer wirklichen Union erreicht werden.

Das duale Ausbildungssystem ist in seiner Form nahezu ein Unikat innerhalb Europas aber auch erfolgreich. Aus diesem Grund sollte anderen Ländern dabei geholfen werden, ähnliche Systeme einzuführen um junge Nichtakademiker und Nichtakademikerinnen an die Wirtschaft zu binden und nach ihrem Schulabschluss nicht in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine europaweite Ausbildungsgarantie und Ausbildungsplatzumlage ein, welche für alle Menschen, die in der EU leben wollen, gilt. Wir wollen die Mitbestimmungsrechte von Auszubildenden stärken. Daher setzen wir uns für eine Reform ein, welche die Mitbestimmungsrechte und den Arbeitsschutz von Auszubildenden stärkt.

Europas Arbeitsmarkt könnte nicht unterschiedlicher sein und sorgt für starke Verwerfungen innerhalb der Union. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass innerhalb der EU ähnliche Arbeitskonditionen geschaffen werden. Daher setzen wir uns für die Schaffung einer Europäischen Agentur, zur Erreichung dieses Ziels, ein. Des Weiteren wollen wir die Möglichkeiten einer europäischen Arbeitslosenversicherung, sowie einer generellen europaweiten Sozialversicherung prüfen lassen.

40 Der Niedriglohnsektor innerhalb der Union wird größer. In Europa müssen die Menschen von ihrem Lohn leben können. Aus diesem Grund fordern wir eine einheitliche Regelung und Gestaltung europäischer Sozialgesetzgebung hinsichtlich der Mindestlohnregelung. Hierfür wird eine Anpassung der Vertragsgrundlagen des Vertrages von Lissabon unumgänglich sein. Dieser muss sich nach oben bewegen können und regelmäßig angepasst werden. Ein solcher Lohn stärkt in den Tarifverhandlungen die Gewerkschaften, da dieser Lohn eine Untergrenze festsetzt und die Verhandlungen nach unten absichert. Bis 2020 soll in jedem Land der EU ein Mindestlohn gelten, der mindestens 50% des nationalen Medianlohns entspricht. Bis 2030 soll sich dieser zu mindestens 60% am jeweiligen Medianlohn orientieren.

50 Nicht nur der Niedriglohnsektor, sondern auch die Zeit- und Leiharbeit floriert. Immer mehr Menschen rutschen in Arbeitsverträge, welche dazu führen, dass man kaum die Zukunft pla-

nen kann. Dies führt auch dazu, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Angst vor der Familienplanung haben. Diese Angst wollen wir den Menschen nehmen. Wir wollen Zeit- und Leiharbeit regulieren. Es dürfen ohne besondere Begründung keine befristeten Arbeitsverträge mehr erteilt werden. Leih- und Zeitarbeiter müssen mindestens 10% mehr Lohn, wie die Stammebelegschaft bekommen. Die Auflösung von unbefristeten Arbeitsverträgen in befristete Arbeitsverträge wollen wir gesetzlich unterbinden. Den Missbrauch von Werkverträgen wollen wir weiterhin bekämpfen. Ferner muss der Übergang von Teilzeit- in Vollzeitverträge wieder erleichtert werden, um vor allem auch eine familienfreundlichere Arbeitsmarktpolitik zu gestalten.

10

Europa muss zusammenwachsen und das auch auf dem Arbeitsmarkt. Daher wollen wir Unternehmen dazu anregen ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzustellen und diese besser in die Gesellschaft zu inkludieren. Denn Unternehmen müssen sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst werden.

15

Wir lehnen aber auch zu starke innerbetriebliche Lohnunterschiede ab. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Initiative ein, welche die Lohnschere innerhalb eines Unternehmens eingrenzt. Das höchste Gehalt soll nicht über das 12x Fache des geringsten Gehaltes liegen. Dies gilt nicht nur für die direkt im Betrieb angestellten Personen, sondern auch für jene, die über Subunternehmen oder Dritte im Unternehmen eine Tätigkeit haben. Wir wollen die genossenschaftlichen und gemeinnützigen Modelle weiter stärken. Innerbetrieblich soll die Belegschaft über die Verwendung von Gewinnen entscheiden.

Generell sagen wir Jusos, dass es für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn geben muss. Dies betrifft nicht nur das bereits erwähnte Feld der Leih- und Zeitarbeit, sondern auch die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen müssen weg.

Frauen sind aus Gründen der strukturellen Diskriminierung innerhalb des kapitalistischen Systems in höheren Positionen unterrepräsentiert. Hierfür gibt es keine zu akzeptierenden Gründe. Daher setzen wir uns für eine gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen von 40% ein.

Die Finanzkrise innerhalb der Union hat gezeigt, dass diese auch eine Banken- und Versicherungskrise ist. Manager solcher Unternehmen haben maßgeblich an der Krise beigetragen. Aus diesem Grund können wir es nicht akzeptieren, dass sie kaum bis gar nicht haften. Daher setzen wir uns für eine höhere persönliche Haftung von Managern ein. In der gesamten EU muss das Trennbankensystem durchgesetzt werden.

Weiterhin müssen die richtigen Lehren aus der Finanzkrise gezogen werden: Kein Wirtschaftsstandort, egal ob finanz- oder realwirtschaftlich, sollte so groß sein, dass er in der Lage ist, ganze Gesellschaften zu erpressen. Deswegen fordern wir eine stärkere staatliche Kontrolle zentraler Wirtschaftszweige, das Verbleiben und die Rückführung der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand und die Verstaatlichung systemrelevanter Schlüsselindustrien.

453. Steuern

Nicht nur eine höhere persönliche Haftung, sondern eine generelles höheres in Verantwortung nehmen von Großverdienern wollen wir erreichen. Wir setzen uns daher für in Europa einheitliche Steuern sowie die Vermögenssteuer ein. Des Weiteren setzen wir uns für eine europäische Finanztransaktionssteuer von 0,05% ein. Diese gemeinsame europäische Steuer muss auch für gemeinsame europäische Projekte ausgegeben werden. Kurz- und mittelfristig

sollten die Gewinne aus der Finanzmarkttransaktionssteuer in den Wieder- und Neuaufbau von Infrastruktur und mittelständischer Realwirtschaft in den von der Euro- und Finanzkrise am schwersten betroffenen EU-Staaten investiert werden. Auf diese Weise kann die Finanzwirtschaft direkt an der Beseitigung der von ihr geschaffenen Schäden beteiligt werden.

5 Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt und muss rechtlich verfolgt werden. Daher wollen wir die Zahl der Steuerfahnder und Betriebsprüfer in Europa erhöhen um somit das Entgehen vieler Milliarden von Steuergeldern zu verhindern.

10 Europa ist ein heterogener Zusammenschluss verschiedener Staaten und Regionen mit höchst unterschiedlichen wirtschaftlichen Kapazitäten und Lebensrealitäten. Will man die Lebensrealitäten untereinander angleichen, dann ist es von zentraler Bedeutung die wirtschaftlichen Begebenheiten der einzelnen Regionen anzugleichen. Deswegen fordern wir einen europäischen Finanzausgleich.

15

4. Bildung

20 Bildung ist und war schon immer die beste Zukunftsinvestition. Aus diesem Grund muss jeder Mensch einen kostenlosen Zugang zu Bildung in jedem Alter haben.

Wir setzen uns gegen Bildungsgebühren auf allen Ebenen staatlicher Träger ein. Von der Kinderkrippe bis hin zum dritten Bildungsweg setzen wir uns für ein kostenloses Bildungssystem, damit jeder Mensch unabhängig seiner Situation einen Zugang hat, ein. Darüber hinaus
25 müssen die Investitionen in Bildung kontinuierlich steigen. Wir fordern, dass bis 2020 mindestens 10% des BIP der jeweiligen Mitgliedsstaaten in Bildung (7%) und Forschung (3%) investieren.

Europas Bildung muss mobil bleiben. Aus diesem Grund wollen wir die finanzielle Förderung
30 von Programmen wie z.B. DaVinci und Erasmus ausweiten. Aber auch der europäische Freiwilligendienst muss erweitert und stärker beworben werden. Nur durch den Austausch vieler Menschen können Vorurteile abgebaut und eine wirkliche Union erreicht werden.

Der Begegnung von Vorurteilen muss aber auch anders stärker sichtbar werden. Rechtsextremismus, Antieuropäische Tendenzen, Antisemitismus, und Homophobie finden in Europa immer mehr Anhänger. Oftmals ist dies nur aufgrund von Vorurteilen und Propaganda der Fall.
Daher setzen wir uns für eine stärkere politische, historische und internationale Bildung an Schulen ein und wollen die Förderung von Programmen zum Abbau von Vorurteilen und Aufbau ziviler Courage ausweiten. Ein weiterer Schritt ist die Ausweitung von Sprachprogrammen.
40 Denn nichts verbindet mehr bzw. baut Vorurteile ab, als die Sprache. Daher ist es für uns wichtig, dass die Menschen der Union bessere Möglichkeiten haben diverse Sprachen zu lernen und wollen dies auch fördern.

Des Weiteren wollen wir uns für eine stärkere Integration aber auch Inklusion von allen Menschen innerhalb der Gesellschaft einsetzen. Wir wollen nicht separieren sondern ein stärkeres
45 Gemeinsamkeitsgefühl aller Menschen haben.

Wir setzen uns für die Eintragung des Rechts auf Bildung in einer zukünftigen europäischen Verfassung ein.

50

5. Gesundheit und Pflege

Der demographische Wandel und Probleme der Gesundheit sind keine nationalen, sondern europäische Fragen. Daher müssen wir diese Probleme gemeinsam lösen. Generell lehnen wir Jusos die Privatisierung von Krankenhäusern ab. Die direkte Gesundheitsversorgung muss in staatlicher Hand bleiben.

In der Vergangenheit mussten wir leider erkennen, dass nicht mehr nur physische Krankheiten, sondern auch psychische Krankheiten stärker präsent werden. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Anerkennung von z.B. verschiedenen psychischen Störungen als Krankheiten ein und wollen die Forschung in diesen Bereichen intensivieren.

Wer krank ist, sollte auch behandelt werden und das nicht nur mit dem nötigsten, sondern gut. Daher setzen wir uns für die Reduzierung von Arzneimittelpreisen ein und wollen, dass rezeptpflichtige Arzneimittel für die Bürgerinnen und Bürger kostenfrei sind.

15 Des Weiteren verfolgen wir den Gedanken von Bürgerversicherungen nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auf europäischer Ebene. Wir setzen uns daher für die Gründung einer öffentlichen europäischen Krankenversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ein. Den Weg in eine europäische Bürgerversicherung wollen wir Stufenweise angehen. 20 Erst freiwillig, dann die Erhebung europäischer Krankenversicherungsbeiträge, dann die Ablösung nationaler Versicherungen.

Aufgrund des medizinischen Fortschrittes werden die Menschen glücklicherweise älter und im Vergleich auch gesünder. Dennoch brauchen Menschen immer öfter Pflegedienste. Aus diesem Grund muss es auch hier eine Ausweitung des Angebotes geben. Wir regen daher auch zu einer europäischen Pflegeversicherung an, welche sich an den Schritten der Krankenversicherung orientiert. Es muss einen einheitlichen europäischen Pflegebedürftigkeitsbegriff geben, der auch die Demenzerkrankten einschließt. Die Pflege von kranken und alten Menschen darf nicht im Minutentakt abgerechnet werden, sondern muss sich an der jeweiligen Pflegebedürftigkeit des Menschen orientieren. Die Ausbildung des Pflegepersonals muss generell attraktiver gestaltet werden. Hierzu muss die Ausbildung zum Pflegepersonal kostenlos erfolgen und vergütet werden. Darüber hinaus muss die gesellschaftliche Anerkennung von Pflegeleistungen verstärkt werden.

35 Die Hygieneverordnungen stehen auf dem Prüfstand. Niemand soll aufgrund von Infektionen in Krankenhäusern sterben. Daher müssen europäische Standards zur Hygiene her und wir wollen diese auch notfalls Mittels von Verordnungen durchsetzen.

6. Umwelt und Energie

40 Der Klimawandel stellt auch den europäischen Raum vor neuen Herausforderungen. Diese müssen gemeinsam gemeistert werden. Aber nicht nur der Klimawandel, sondern auch die ökonomische Nutzung ökologisch gefährdeter Regionen stellt ein großer werdendes Problem dar. Diese Probleme wollen und müssen wir gemeinsam meistern.

45 Die Ostsee ist ein umfallendes Gewässer. Die Eutrophierung ist mittlerweile so enorm, dass man diese nicht mehr ignorieren kann und darf. Diese Entwicklung wird unter anderem dadurch beschleunigt, dass Verkehrsmittel auf der Ostsee ihren Stoffwechselprodukte in die Ostsee kippen und nicht an Bord behalten bzw. in den Häfen entleeren. Daher setzen wir uns für Speichersysteme auf den Schiffen und die Entleerung in den Häfen ein. Die anfallenden 50 Ausscheidungen sollen stofflich verwertet werden und zugleich Phosphate aus Oberflächen-

gewässern herausgefiltert werden, um die Abhängigkeit der Landwirtschaft von Phosphatimporten zu verringern.

Wir fordern den europäischen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2030. Bis dahin soll über ein 5Fördersystem der Anteil regenerativer Energien stufenweise steigen.

Große Energieverbraucher müssen prozentual stärker beteiligt werden. Sie dürfen nicht von der EEG-Umlage befreit werden.

10 Zur Erreichung einer höchstmöglichen Energieeffizienz und Einhaltung der Standards wird eine Europäische Agentur gegründet, welche eng mit den national für Umwelt und Energie verantwortlichen Ministerien zusammen arbeitet.

7. Tierschutz

15 Wir bekennen uns zu einem besseren Tierschutz. Aus diesem Grund wollen wir ein Verbot von Tieren in Zirkussen. Alternative Angebote zeigen, dass diese mindestens genauso erfolgreich sind.

20 Des Weiteren wollen wir die Forschung an Tieren innerhalb der Europäischen Union reduzieren. Daher wollen wir die Förderung der Forschung an Alternativen ausweiten. Forschung an Tieren zur Herstellung von Kosmetika wollen wir verbieten.

Ein weiterer Bereich ist der Fischfang, welcher auf dem Prüfstand steht. Wir wollen eine 25 Überprüfung der Fischfangquoten, um eine weiteres überfischen zu verhindern. Nicht zuletzt muss auch der Beifang generell geregelt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für stärkere Regulationen im Tiertransportbereich ein. Wir fördern die regionale Produktion von Tierfleisch und wollen Mittel finden, den Tiertransport 30 stärker zu regulieren und reduzieren. Generell setzen wir uns für die Reduzierung der industriellen Tierhaltung und somit einer artgerechteren Tierhaltung ein.

8. Landwirtschaft

35 Auch die Agrarsubventionen innerhalb der Landwirtschaft stehen auf dem Prüfstand. Wir setzen uns für eine stärkere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ein und wollen die Landwirtschaft generell nachhaltiger machen. Wir setzen uns für eine Qualitätskontrolle von landwirtschaftlichen Importwaren und deren Erzeugungsprozesse, gerade im ökologischen Bereich, durch die EU-Mitgliedsstaaten ein.

40 9. Das Europa der Kommunen

Die Kommunen bilden Grundpfeiler für die Europäische Integration, denn etwa 70 bis 80 % der in der Europäischen Union beschlossenen Regelungen haben entweder einen direkten 45 kommunalen Bezug, weil sie kommunale Zuständigkeitsbereiche betreffen, oder berühren die Kommunen als eine der mitgliedstaatlichen Ebenen, die EU-Recht umsetzen. Europapolitik ist in diesem Sinne über weite Strecken Kommunalpolitik. Deshalb muss Europapolitik auch immer die Städte und Gemeinden im Blick haben. Woraus sich verschiedene Forderungen ergeben.

50 Eine verbesserte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und Entwicklung neuer Muster für die Teilhaber der Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen und politischen Leben.

Verwirklichung schönerer, attraktiverer und grünerer Städte in welchen städtische und natürliche Lebensräume einander ergänzen und gleichzeitig das natürliche, kulturelle und architektonische Erbe bewahrt und gefördert wird. Diese Kommunen der Zukunft müssen in allen Bereichen sparsam im Verbrauch und effizient in der Produktion sein. Mittelfristig müssen die CO2-Bilanz ausgeglichen werden.

Die Städte stehen an vorderster Front, wenn es um die nachhaltige Entwicklung des Wohnbaus, der Stadtsanierung, der Ressourcenbewirtschaftung und des Nahverkehrs geht.

10

Kommunen sind Orte des "Miteinanders". In ihnen muss Solidarität als dauerhaftes Ziel verfolgt werden. Das beinhaltet insbesondere Zugänglichkeit der öffentlichen Dienstleistungen für alle, Bekämpfung von Ghettobildung und Armut. Die Bereitschaft zur sozialen Durchmischung, insbesondere durch die Entwicklung politischer Konzepte für aktives Altern, soziale Innovation sowie generationenübergreifende und interkulturelle Solidarität.

Um unsere Kommunen dauerhaft als wettbewerbsfähige Standorte zu erhalten müssen sie vorrangig in die Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger, Bildung und Gesundheit, sowie physische Infrastruktur und neue Technologien zu investieren, um dadurch Innovation, Forschung und Kreativität zur Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze zu fördern und ein lebenswerteres Umfeld zu schaffen.

Um städtische und ländliche Räume harmonischer entwickeln zu können sollen die Städte besser an das transeuropäische Verkehrsnetz eingebunden werden um dadurch ihre Fähigkeit zu stärken und Austauschprozesse mit den sie umgebenden stadtnahen, sowie ländlichen Gebieten und Umlandbeziehungen aufzubauen.

10. Das Europa der Zukunft

30

Antieuropäische Bewegungen, nationalistische Parteien und die generelle fehlende Akzeptanz gegenüber der Europäischen Union sind immer größer werdende Erscheinungen. Die Ursache ist vielerorts die nicht ausreichende Aufklärung, die Finanzkrise und die Angst vor einer unbekannteren Zukunft. Diese Ursachen sind ein Fundament vieler Rechten, welche Stimmung gegen Europa machen. Europa sollte aber das Gegenteil sein. Europa sollte für Frieden, für Weltoffenheit, für Solidarität und für mehr Demokratie stehen. Aus diesem Grund fordern wir ein Europa, wie es die SPD bereits seit 1925 tut. Wir wollen das vereinigte Europa! Wir wollen den europäischen Bundesstaat! Um dies zu erreichen wurden folgende Forderungen erarbeitet.

40 Wir fordern die Schaffung eines Europaparlamentes, welches auch die Bezeichnung eines Parlamentes verdient. Daher bedarf es der Übertragung sämtlicher Legislativ-, Budget- und Initiativrechte. Nebenher muss die finanzielle Ausstattung der Parlamentarier erhöht werden, damit diese eine angemessene und bessere Aufklärung im vertretenden Gebiet gewährleisten können.

45

Der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union werden zusammengelegt und – ähnlich wie der Bundesrat auf Bundesebene – zu einer zweiten Kammer neben dem Parlament umgestaltet. Es erhält daher auch Mitbestimmungsrechte bzw. bekommt Zustimmungsrechte.

50

Die Europäische Kommission wird vollkommen umfunktioniert. Sie soll in Zukunft eine vom Parlament gewählte und kontrollierte Regierung mit Initiativrecht sein. Diese neu geschaffene Regierung soll einer von den europäischen Mitgliedsstaaten entworfenen und verabschiedeten Verfassung unterliegen und nur dieser verpflichtet sein.

5
Der europäische Gerichtshof muss einem europäischen Bundesstaat angepasst und somit personell ausgebaut werden.

Damit ein europäischer Bundesstaat gegründet werden kann, bedarf es neben einer funktionierenden Staatsgewalt und –regierung und Verfassung auch eines Volkes. Daher fordern wir die europäische Staatsbürgerschaft!

Das aktive und passive Wahlrecht zur freien und geheimen Wahl des Parlamentes erhalten alle Europäerinnen und Europäer ab 16 Jahren. Darüber hinaus fordern wir ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit einheitlichen Prozenzhürden.

Ferner bedarf es auch eines europäischen Parteiengesetzes, um europäische Standards zu entwerfen und zu verhindern, dass verfassungsrechtliche Organisationen/Parteien zur Wahl antreten.

20
Zur Erreichung dieses Ziels fordern wir die Einberufung eines Bürgerkonvents, welcher Unionsbürgerinnen und -bürgern aus allen Mitgliedsstaaten ein Forum bietet, sich an der Weiterentwicklung der europäischen Demokratie zu beteiligen.

25

30

35

40